

2017

Rechenschaftsbericht Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen Trier
Erste Hälfte der Wahlperiode 2014-2019



GRÜNE-Stadtratsfraktion Trier

20.03.2017

INHALT

Aktuelle Ratsmitglieder	2
Fraktionsvorstand seit 2014	2
Genderstatistik.....	2
Wechsel der Ratsmitglieder in der Wahlzeit 2014 – 2019	2
Entsandte Personen in Gremien und Ausschüsse	3
Zuständigkeitsbereiche & Sprecher*innen Fraktionsmitglieder.....	4
Ausgangslage.....	6
Die Verantwortungsgemeinschaft mit der CDU	6
Turbulenzen	7
Öffentlichkeitsarbeit	8
Zusammenarbeit mit der Partei	9
Fachpolitische Ergebnisse der Ratsarbeit.....	10
SOZIALES	10
SICHERHEIT, ORDNUNG UND TOURISMUS	14
KULTUR.....	17
TIERSCHUTZ	18
MOBILITÄT	19
STADTPLANUNG, ARCHITEKTUR UND DENKMALPFLEGE	21
FLÄCHENNUTZUNGSPLAN	22
UMWELT	23
VEREINIGTE HOSPITIEN	23
RATsANTRÄGE SEIT DER KOMMUNALWAHL JUNI 2014	25

HALBZEITBILANZ

Als einzige Fraktion im Rat der Stadt Trier legen wir unseren Mitgliedern und der Öffentlichkeit regelmäßig Rechenschaftsberichte vor. Wir wollen damit eine Grundlage für die Diskussion über unsere Arbeit schaffen; auch um Rückschlüsse für Perspektiven für die Zukunft ziehen zu können. Der folgende Bericht befasst sich mit der GRÜNEN Ratsarbeit zur Mitte der Wahlperiode 2014-2019.

Die Ratsarbeit wird nicht alleine von unseren neun Ratsmitgliedern geleistet. Darüber hinaus gehört auch eine ganze Reihe von Nichtratsmitgliedern verschiedenen Gremien an. Ausdrücklich möchte die Fraktion all denen danken, die für die Fraktion in den unterschiedlichen Gremien Aufgaben wahrnehmen.

Wer uns wo vertritt und wer wofür zuständig ist, ergibt sich aus den folgenden Tabellen, ebenso wie die Personalveränderungen, die sich im bisherigen Verlauf der Ratsarbeit ergeben haben:

AKTUELLE RATSMITGLIEDER

1. Wolf Buchmann
2. Dominik Heinrich
3. Peter Hoffmann
4. Bernhard Hügler
5. Christa Jessulat
6. Petra Kewes
7. Thorsten Kretzer
8. Richard Leuckefeld
9. Reiner Marz

FRAKTIONSVORSTAND SEIT 2014

Petra Kewes Fraktionsvorsitzende
 Reiner Marz Stellv. Fraktionsvorsitzender

GENDERSTATISTIK

Verhältnis Frauen:Männer

2014 4:5
 2017 2:7

Die für die Stadtratswahl aufgestellte Liste war quotiert: Die ungeraden Plätze waren von Frauen besetzt, so dass sich eine 50:50 Quote ergab. Bei der Stadtratswahl haben unsere Wähler*innen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Liste zu verändern.

Was, neben Rückgabe von Mandaten aufgrund persönlicher Gründe (z.B. Verzug aus dem Stadtgebiet), dazu geführt hat, dass nun mehr Männer als Frauen in der Fraktion sind.

WECHSEL DER RATSMITGLIEDER IN DER WAHLZEIT 2014 – 2019

Anja Reinermann-Matatko
 (bis 31.05.2015 – Nachrückerin Christa Jessulat)

Daniela Müller-Kolb
 (bis 31.08.2015 - Nachrückerin Katja Siebert-Schmitt)

Katja Siebert-Schmitt,
(31.08.2015 bis 30.09.2016 – Nachrücker Wolf Buchmann)

Christiane Wendler
(bis 08.03.2017 – Nachrücker Bernhard Hügler)

ENTSANDTE PERSONEN IN GREMIEN UND AUSSCHÜSSE

Ausschüsse des Stadtrates	Mitglieder Stand 20.03.17 *Nichtratsmitglieder
Dezernatsausschuss I (Steuerung) Haushalt/ Finanzen/ Gender/ Wirtschaft (OB Leibe)	Petra Kewes, Reiner Marz, Isabel Lutz*
Rechnungsprüfungsausschuss (OB Leibe)	Wolf Buchmann, Petra Kewes
Stadtrechtsausschuss	Gudrun Backes*, Johannes Wiegel*
Dezernatsausschuss II Soziales, Sport, Bildung (Birk)	Wolf Buchmann, Christa Jessulat, Thorsten Kretzer
Jugendhilfeausschuss (Birk)	Wolf Buchmann, Elena Valette*
Dezernatsausschuss III Einzelhandel, Feuerwehr, Ordnung, Überwachung Ruhender Verkehr (Schmitt)	Richard Leuckefeld, Peter Hoffmann, Petra Kewes
Kulturausschuss (Schmitt)	Petra Kewes, Johannes Wiegel*
Dezernatsausschuss IV Verkehr / Bauen / Schule / Grünflächen (Ludwig)	Dominik Heinrich, Thorsten Kretzer, Ole Seidel*
Vergabekommission (Ludwig)	Dominik Heinrich
Schulträgerausschuss (Ludwig)	Christa Jessulat, Bernhard Hügler
Gremien, in die seitens der Stadt Mitglieder entsandt werden	
Verwaltungsrat der Sparkasse	Richard Leuckefeld
Zweckverband Sparkasse Trier- Verbandsversammlung	Richard Leuckefeld, Peter Hoffmann
Stiftungsrat der Sparkassenstiftung „Partner für Schulen in Trier und im Landkreis Trier-Saarburg“	Richard Leuckefeld
Kriminalpräventiver Rat	Wolf Buchmann
Regionalvertretung der Planungsgemeinschaft der Region Trier	Ewald Adams *, Antje Eichler*
Verwaltungsrat der Vereinigten Hospitien	Petra Kewes (Mandat ausgesetzt)
Zweckverband Wirtschaftsförderung im Trierer Tal - Verbandsversammlung	Richard Leuckefeld, Peter Hoffmann
Wirtschaftsförderung im Trierer Tal - Verbandsausschuss	Richard Leuckefeld
Zweckverband Abfallwirtschaft i. Raum Trier – Ver- bandsversammlung	Richard Leuckefeld
Arbeitsgemeinschaft Regionale Abfallwirtschaft im Raum Trier- Verbandsversammlung	Richard Leuckefeld, Thorsten Kretzer
Zweckverband Verkehrsverbund Region Trier – Verbandsversammlung	Ole Seidel*
Zweckverband Wasserwerke Kylltal	Peter Hoffmann, Hans Peter Simon*
Aufsichtsräte	
Aufsichtsrat Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH	Gerd Dahm*
Aufsichtsrat Kommunale Netze Eifel	Gerd Dahm*
Aufsichtsrat Stadtwerke Trier GmbH	Thorsten Kretzer, Gerd Dahm*
Verwaltungsrat Anstalt öffentlichen Rechts AöR	Peter Hoffmann, Reiner Landele*
Aufsichtsrat der Entwicklungsgesellschaft Petrisberg	Reiner Marz

(EGP)	
Aufsichtsrat Castel /Arena	Richard Leuckefeld
Aufsichtsrat TTM Trier Tourismus und Marketing	Richard Leuckefeld, Peter Hoffmann
Aufsichtsrat BÜS (Bürgerservice)	Thorsten Kretzer
Sonstige	
Ältestenrat	Petra Kewes
Beirat für Menschen mit Behinderung	Nancy Rehländer*
Beirat Bürgerhaushalt	Thorsten Kretzer
Denkmalpflegebeirat	Dominik Heinrich
Beirat Untere Landespflege	Karl-Josef Prüm*
Architektur- und Städtebaubeirat	Dominik Heinrich
Beirat für Integration und Migration	Nancy Rehländer*
Beirat für Menschen mit Behinderung	Wolf Buchmann
City-Initiative Lenkungsausschuss	Richard Leuckefeld
Forum Gleichstellung	Christa Jessulat, Wolf Buchmann
Lokale Agenda Lenkungsausschuss	Peter Hoffmann
QuattroPole Mitgliederversammlung	Peter Hoffmann, Richard Leuckefeld
Runde Tische, Arbeitskreise und Kommissionen	
Runder Tisch Einzelhandel	Richard Leuckefeld
Baubegleitende Kommission Theater	Dominik Heinrich
Runder Tisch Sondernutzungs-Satzung	Richard Leuckefeld
Arbeitskreis „Urbanes Gärtnern“	Thorsten Kretzer, Peter Hoffmann
Kuratorium Jugend- und Sportstiftung (Sparkasse)	Richard Leuckefeld
Kuratorium Kulturstiftung (Sparkasse)	Richard Leuckefeld
Stiftungsrat der Kulturstiftung	Petra Kewes
Kuratorium Europastiftung	Johannes Wiegel*
Trägerversammlung Jobcenter Trier Stadt	Thorsten Kretzer
Preisgericht Nell-Breuning	Petra Kewes
Jury Verleihung Bürgerpreis	Thorsten Kretzer
Jury Verleihung Kulturförderpreis	Petra Kewes

ZUSTÄNDIGKEITSBEREICHE & SPRECHER*INNEN FRAKTIONSMITGLIEDER

Dezernat	Thema	Sprecher*in	Stellvertreter
Dezernat I	Haushalt / Finanzen	Kewes	Marz
	Gender	Kewes	Marz
	Strategische Stadtentwicklung	Marz	Kewes
	Wirtschaft	Marz (Ausschuss) Leuckefeld (Stadtrat)	Kewes
Dezernat II	Jugend	Buchmann	Kretzer

	Soziales	Kretzer	Buchmann
Dezernat III	Ordnung & Feuerwehr & Tourismus	Leuckefeld	Kewes
	Kultur	Kewes	Leuckefeld
	Katastrophenschutz und Tierschutz	Kewes	Hoffmann
	Zweckverband Wirtschaftsförderung	Leuckefeld	Hoffmann
	Abfallwirtschaft	Leuckefeld	Kretzer
Dezernat IV	Bauen und Stadtentwicklung	Heinrich	Kretzer
	Mobilität IV, ÖPNV, Rad, Fuß	Kretzer	Heinrich
	Umwelt	Kretzer	Heinrich
	Schule	Jessulat	Hügler
	Sport	Kewes	Kretzer
	Denkmalpflege /Architektur	Heinrich	Kretzer
Dezernatsübergreifend	Umwelt	Hoffmann	Kretzer
Dezernatsübergreifend	Gleichstellung	Jessulat	Buchmann

Aus der Fülle der Themen, die wir in den vergangenen 2 ½ Jahren bearbeitet haben, stechen zwei dominant hervor, die zeitweise unsere Sacharbeit in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich überlagert haben: Die heftigen (öffentlichen) Diskussionen um die Zusammenarbeit mit der CDU und die sogenannte Theaterkrise, zu deren Höhepunkt der Intendant Karl Sibelius und der Dezernent Thomas Egger gehen mussten.

Daher widmen wir diesen beiden Komplexen auch Raum in diesem Bericht, versuchen aber auch aufzuzeigen, wie wir – abseits dieser Brennpunkte – auf anderen Politikfeldern agiert haben.

AUSGANGSLAGE

Mit dem Ergebnis der Stadtratswahl 2014 haben sich die Trierer GRÜNEN auf dem 2004 erreichten hohen Niveau stabilisiert, wenngleich wir – gegenüber 2009 – einen Sitz weniger haben und nunmehr 9 Ratsmitglieder stellen.

In der vorherigen Wahlperiode hatten wir die rechnerische Ratsmehrheit aus GRÜNEN, SPD und FDP damit politisch umzusetzen versucht, dass wir das sogenannte „Ampelbündnis“ eingegangen sind. Damit konnten wir zwar einige Vorhaben umsetzen und sind seit 2010 erstmals im Stadtvorstand vertreten. Allerdings ist das Ampelbündnis an der Unzuverlässigkeit der SPD – z.B. bei dem gemeinsamen Antrag zur Installation einer „Stabsstelle Umwelt“- gescheitert. Dass die FDP nach der Wahl ihres Kandidaten Thomas Egger in den Stadtvorstand das Interesse an gemeinsamer politischer Sacharbeit verloren hatte, trug auch nicht zur Weiterführung einer gemeinsamen Sacharbeit bei. (Vgl. dazu Rechenschaftsbericht von 2014).

Dennoch war es unser Bestreben auch nach der Stadtratswahl 2014 für dauerhafte politische Mehrheitsverhältnisse zu sorgen, da nur so politische Vorstellungen auch umgesetzt werden können.

Deshalb hat die GRÜNE Mitgliederversammlung im Vorfeld der Wahl 2014 beschlossen, nach der Wahl mit allen demokratischen Kräften zu sprechen, um dauerhafte und verlässliche Mehrheiten im Stadtrat bis 2019 zu sichern.

Diesen Beschluss hat unsere Fraktion auch umgesetzt; allerdings war – aufgrund des Wahlergebnisses – allein eine Zusammenarbeit mit der CDU rechnerisch darstellbar. Deshalb haben wir Verhandlungen mit der CDU aufgenommen, um auszuloten, ob die rechnerische schwarz-grüne Mehrheit auch politisch umsetzbar ist.

DIE VERANTWORTUNGSGEMEINSCHAFT MIT DER CDU

Während der Verhandlungen mit der CDU und nach deren Abschluss waren die Widerstände in beiden Parteien und in der Öffentlichkeit deutlich und spürbar. Vielen erschienen die soziokulturellen und politischen Unterschiede zu groß, die Gemeinsamkeiten zu gering, um belastbare und konstruktive Ergebnisse erzielen zu können.

Darüber hinaus mussten Vorurteile und teilweise bestehendes Misstrauen überwunden. Auch die Sorge, die jeweils eigene Wählerschaft zu verunsichern, spielte eine große Rolle.

Allerdings ist und war auch deutlich festzustellen, dass wir durch das Eingehen des schwarz-grünen Bündnisses wichtige Impulse für die politische Kultur in Trier setzen und wir gerade wegen dieses Bündnisses neue Engagierte gewinnen konnten.

Darüber hinaus ist es uns durch diese Zusammenarbeit gelungen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass das Dezernat II mit der notwendigen Ruhe die fachliche Arbeit stärker in den Vordergrund rücken konnte.

Schon die Formulierung der Vereinbarung mit der CDU zeigt, dass hier Vertreter*innen unterschiedlicher Politikansätze am Werk waren: Die Vereinbarung ist weniger konkret als wir das wollten und konkreter als die CDU es wollte.

In der Praxis der vergangenen zwei Jahren zeigt sich jedoch, dass damit eine gute Grundlage der Zusammenarbeit gelegt wurde. Dies allerdings auch dem Umstand geschuldet, dass in dieser Zeit viel persönliches Vertrauen zwischen den Akteuer*innen beider Fraktionen erreicht werden konnte. Allerdings führt die Tatsache, dass die Vereinbarung – aus unserer Sicht – konkreter sein könnte dazu, dass in vielen Bereichen mehr tagespolitischer Abstimmungsbedarf besteht, als dies bei einer konkreteren Grundvereinbarung nötig gewesen wäre.

Damit hätten wir möglicherweise auch der oft geäußerten Kritik, die Zusammenarbeit mit der CDU sei zu wenig transparent, besser begegnen können.

In den fachpolitischen Beiträgen wird deutlich, dass wir eine ganze Reihe GRÜNER Erfolge verbuchen können. Insgesamt lässt sich feststellen, dass wir in den vergangenen 2 ½ Jahren viele politische Vorhaben umsetzen oder auf den Weg bringen konnten, wenngleich – dies liegt in der Natur der Sache und in der Relativität unserer Stärke im Stadtrat – wir auch Einiges nicht durchsetzen konnten.

Die Verantwortungsgemeinschaft ist keine Koalition, d.h. beide Partner können bei Themen, bei denen keine Einigung möglich ist, auch getrennte Wege gehen, ohne die Zusammenarbeit im Grundsatz zu gefährden. Dies hat sich jüngst bspw. daran gezeigt, dass wir zusammen mit SPD, FDP und UBT einen Antrag im Stadtrat verabschiedet haben, der sich kritisch mit der Dominanz kirchlicher Träger im sozialen Bereich auseinandersetzt.

Daran wird deutlich, dass die Verantwortungsgemeinschaft durchaus belastbar ist.

TURBULENZEN

Nicht nur im Zusammenhang der Zusammenarbeit mit der CDU sind wir in einige Turbulenzen geraten. Mit unserem frühzeitigen Bekenntnis zum Erhalt des Theaters als Drei-Sparten-Haus haben wir politische Klarheit geschaffen, mit der wir eine Richtschnur für unser konkretes Vorgehen hatten. Dies war und ist wichtig, weil das Theater als zentrale Institution mit vielfältigen Wechselwirkungen in die Stadt von grundsätzlicher Bedeutung für die zukünftige Stadtentwicklung ist.

Hinzu kommt, dass sich im Umfeld der AFD diejenigen sammeln, die das Theater ganz schließen wollen, weil ihnen Kunst und Kultur in einer freien und offenen Gesellschaft ein Dorn im Auge ist. Somit ist der Kampf für das Theater auch Bestandteil des Kampfes gegen Rechts. In der Auseinandersetzung um das Theater haben wir – insbesondere in der öffentlichen Kommunikation – auch Fehler gemacht. Wir müssen uns fragen, ob wir zu lang an Personalien festgehalten haben, was unserem eigentlichen Ziel – Erhalt und Stärkung des Theaters – geschadet hat.

Bezüglich der Abwahl von Thomas Egger konnte in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, wir würden trotz einer langen Liste von Versäumnissen und Fehlentscheidungen (Theater, TTM, Hauptfeuerwache usw.) an Egger festhalten wollen. Hintergrund dieser teilweise als zu zögerlich wahrgenommenen Haltung der Fraktion war jedoch auch der Versuch der SPD, uns dafür zu missbrauchen, ihren Dezernenten Thomas Egger aus dem Amt zu drängen. Und gleichzeitig zu versuchen, die CDU aus der Verantwortungsgemeinschaft zu lösen, um ein rot-schwarzes Bündnis zu etablieren. Das einzig die Funktion gehabt hätte, die Vertretung der SPD im Stadtvorstand zu verbessern. Diesem Versuch haben wir uns – übrigens in enger Abstimmung mit der CDU – widersetzt.

Beim Verfahren zur Wiederbesetzung der Spitze im Dezernat III sind wir irrtümlich davon ausgegangen, dass die einzelnen Verfahrensschritte in der Öffentlichkeit und in der Partei hinlänglich bekannt sind, da sie im Zuge der Entscheidung über die Verantwortungsgemeinschaft diskutiert und bei der Wahl von Andreas Ludwig zum Baudezernenten konkretisiert und auch kommuniziert worden waren:

Öffentliche Ausschreibung, vertrauliche Sichtung der Bewerbungsunterlagen, vertrauliche Vorstellungsgespräche mit Bewerber*innen, Erstellung eines vertraulichen Rankings, vertrauliche Auseinandersetzung mit dem Personalvorschlag der CDU, geheime Probeabstimmung in der Fraktion und Veröffentlichung der Entscheidung.

Auch wenn wir hier Fehler in der öffentlichen Kommunikation gemacht haben, halten wir daran fest, dass in einem solchen Bewerbungsverfahren der Schutz persönlicher Daten unbedingten Vorrang vor dem Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit haben muss. Allerdings wäre es besser gewesen, wir hätten die Verfahrensschritte frühzeitiger und transparenter kommuniziert.

Die Frage der zukünftigen Besetzung des Dezernates II ist viel zu früh öffentlich diskutiert worden, wenn man bedenkt, dass die Amtszeit von Angelika Birk noch mehr als ein Jahr läuft. Bei der Analyse öffentlicher Spekulationen zeigt sich jedoch eindeutig, dass deren Anlässe jeweils nicht intern abgestimmte Einzeläußerungen waren, die die Medien als Grundlage ihrer Berichterstattung nutzen konnten.

Besonders kritisch – gerade auch in Hinblick auf den Schutz persönlicher Daten – ist hierbei zu sehen, dass Ergebnisse interner vertraulicher Beratungen anonym in die Öffentlichkeit gelangt sind.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Ergänzend zu einigen Feststellungen, die oben getroffen wurden, halten wir unsere Öffentlichkeitsarbeit für verbesserungswürdig. Da nur dann die Chance besteht, dass unsere Arbeit öffentliche Wertschätzung erfährt und wir in der Lage sind, bei wichtigen kommunalpolitischen Auseinandersetzungen zu agieren, statt zu oft nur zu reagieren.

DESHALB GEHEN WIR DAVON AUS, DASS WIR

- wesentlich schneller öffentlich aktionsfähig werden müssen,
- die sogenannten sozialen Netzwerke wesentlich stärker bedienen müssen,
- unseren Internetauftritt aktueller und ansprechender gestalten müssen,
- bei unseren Beiträgen zur Rathauszeitung besser auf aktuelle Diskussionen eingehen müssen,
- bei eigenen öffentlichen Veranstaltungen unsere Politik in wesentlich höherem Maß darstellen und diskutieren müssen,
- und in den Ortsteilen wesentlich mehr Präsenz zeigen müssen.

Daher wird die Fraktion in den kommenden Monaten ihre Öffentlichkeitsarbeit grundlegend umstrukturieren.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER PARTEI

Die Zusammenarbeit mit den Vorständen des Stadtverbandes der GRÜNEN funktioniert kontinuierlich und vertrauensvoll. Regelmäßig trifft sich der Fraktionsvorstand mit dem geschäftsführenden Parteivorstand, um Grundsätzliches miteinander abzustimmen.

Dabei geht es auch darum, dass die Fraktion oder einzelne ihrer Mitglieder auf Mitgliederversammlungen die Möglichkeit erhalten, konkrete kommunalpolitische Initiativen zur Diskussion und Abstimmung zu stellen (wie zuletzt beim Antrag zu kirchlichen Trägern im Sozialbereich). Wenn es in Einzelfällen bei der Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Partei zu kleineren Problemen gekommen ist, so lag das i.d.R. an den vollen Terminkalendern der ehrenamtlich arbeitenden Beteiligten.

FACHPOLITISCHE ERGEBNISSE DER RATSARBEIT

SOZIALES

GENDER

Für den Bereich der GRÜNEN Frauen- und Genderpolitik der Stadt Trier ist zunächst zu konstatieren, dass die Verwaltung der Stadt Trier geeignete Vorgaben und Handlungsanweisungen im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat. Verbesserungsbedarf ergab sich nach unserer Sicht in der Hauptsache bei der Umsetzung der Vorschriften und Regelungen.

Für den Haushalt 2017/2018 beantragten wir, die Stelle der Frauenbeauftragten um eine halbe Stelle zu erweitern. Dieser Antrag wurde von einer breiten Mehrheit des Rates mitgetragen. Ziel dieser Stelle ist es, darauf hinzuwirken, dass die in der Vergangenheit von unserer Fraktion eingebrachten Anträge sowie die Gesetze zur Durchsetzung der Gleichberechtigung in der Verwaltung tatsächlich realisiert werden.

Bisher blieb die Durchsetzung den jeweiligen Fachämtern überlassen, eine Kontrolle fand nicht statt. Das führte beispielsweise dazu, dass Stellen in Bereichen, in denen ohnehin ein starker Frauenüberschuss bestand (z.B. Erzieherinnen), trotzdem in der Ausschreibung mit dem Hinweis versehen wurden, Frauen bei gleicher Eignung bevorzugt einzustellen..

Im Bereich der Personalpolitik haben wir darauf Wert gelegt, dass die von uns geforderten Maßnahmen zur Durchsetzung einer familienfreundlichen Struktur umgesetzt wurden. So hatten wir in der Vergangenheit darauf aufmerksam gemacht, dass die grundsätzliche Teilung von Stellen (auch Führungspositionen) gemäß Landesgleichstellungsgesetz (LGG) vorgeschrieben ist - sofern keine dringenden dienstlichen Belange entgegenstehen.

Die erforderliche Begründung bei Nichtbefolgen fiel - wenn überhaupt - sehr knapp aus. In diesem Zusammenhang erfolgten von uns stets mündliche und schriftliche Nachfragen, die inzwischen positive Resultate zeigen.

Innerhalb des Forums Gleichstellung arbeiten wir GRÜNE regelmäßig und aktiv an der Planung und Umsetzung frauen- und genderpolitischer Maßnahmen und Veranstaltungen mit.

JUGEND

Aus der Stadtratsfraktion kam der Anstoß zur grundlegenden Debatte über die Arbeit der kirchlichen Träger. Neben wiederholten Nachfragen im Jugendhilfeausschuss wurde der Antrag „Bildung

und Erziehung ohne Diskriminierung“ (gemeinsam mit Unterstützern) in die GRÜNE Mitgliederversammlung des Kreisverbandes eingebracht. Der Antrag wurde mit großer Mehrheit beschlossen.

Es ist uns gelungen, Mittel für den Erhalt von“ Aury“ - einer gemeinnützigen Organisation, die sich um Kinder psychisch kranker Eltern kümmert - in den städtischen Haushalt einzubringen.

Maßgeblich beteiligt sind wir an der Initiative zum Erhalt des Jugendzentrums Exhaus auf unterschiedlichen Ebenen.

Wiederholtes Nachfragen im Jugendhilfeausschuss und im Dezernatsausschuss II zur angespannten Personalsituation im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD), hat mit dazu beigetragen, dass bei den letzten Haushaltsberatungen dort endlich dringend benötigte neue Stellen geschaffen wurden.

Die soziale Neuregelung der Hort- und Kitabeiträge wurde durch uns, gegen starke Widerstände, gestützt.

WOHNEN

In den letzten Jahren war die Sozialdebatte in Trier überwiegend durch das drängende Thema der Wohnraumknappheit bestimmt, auch hier kann die Fraktion in der ersten Hälfte der Wahlperiode auf deutliche Erfolge für den bezahlbaren Wohnraum verweisen. So ist es dem beharrlichen Einsatz der GRÜNEN Fraktion zu verdanken, dass im Flächennutzungsplan (FNP) der Prozentsatz von günstigen Mehrfamilienhäusern von 40% auf 60% erhöht wurde. Unrealistische, die Quote verfälschende, Projekte wie der Bau von Mehrfamilienhäusern auf dem Gelände des Stadions wurden aus dem FNP gestrichen.

Bei den Planungen des geförderten Wohnraums, auch für Flüchtlinge, haben wir uns von Beginn an erfolgreich dafür eingesetzt, dass hier der Focus auf dezentrale Wohneinheiten gelegt wird. Die von uns schon seit Jahren geforderte Sanierung des städtischen Wohngrundbesitzes wurde auch durch zinsgünstige Darlehen (teilweise 0%) der damals noch rot-grünen Landesregierung endlich auf den Weg gebracht. Auch in der teilweise städtischen Entwicklungsgesellschaft EGP wurde ein Umdenken zu mehr gefördertem und damit günstigem Wohnraum erreicht.

INTEGRATION

Der größte Erfolg im Bereich Integration ist wohl die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge in Trier. Hier ist es uns gelungen den gesamten Rat (mit Ausnahme der Rechtspopulisten) für das Vorhaben zu begeistern. Über zwei Jahre hat es gedauert dieses breite Bündnis zu schmieden. Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die tatkräftige Unterstützung aus der Zivilgesellschaft (hier insbesondere die Arbeitsgemeinschaft Frieden - AGF). Derzeit erreichen uns Anfragen und Bitten um Hilfestellung aus ganz Rheinland-Pfalz. Zusätzlich haben wir erreicht, dass Trierer mit deutschem Pass, die bisher auch durch die Netze der Krankenversicherung gefallen waren, mit einer Gesundheitskarte ausgestattet werden.

SOZIALE STADT

Durch unsere Zusammenarbeit mit der CDU und die damit verbundene Neubesetzung im Baudezernat, haben wir maßgeblich für das Ende der Blockadepolitik im Stadtvorstand gesorgt. Die Ergebnisse lassen sich gerade in Trier-West, Trier-Nord und Ehrang greifen. Immer wieder verzögerte Planungen sind zu einem erfolgreichen Ende gekommen und erfreuen sich breiter Zustimmung auch bei den Trierer Bürgerinnen und Bürgern. Mit der Umsetzung der Maßnahmen wurde begonnen und sie werden in den nächsten Jahren weiter sichtbar erfolgen.

INKLUSION

Neben einer aktiven Mitarbeit am Inklusionskonzept der Stadt Trier, ist das Thema unser ständiger Begleiter bei allen Vorlagen. Durch unsere wiederkehrenden und vehementen Beiträge zu dem Querschnittsthema sorgten und sorgen wir dafür, dass Barrierefreiheit und Inklusion auch in der Verwaltung immer Thema ist. Gerade erst haben wir GRÜNE erreicht, dass die Stadt Trier ihre bestehenden Entwicklungskonzepte dahingehend überprüft, dass wir zinsgünstige Bundesgelder für den barrierefreien Umbau der Stadt erhalten können.

ARMUT

Die immer größer werdende Schere zwischen arm und reich ist auch in Trier spürbar. Das Armutsrisiko liegt in der Region deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Die Möglichkeiten des Rates sind hier beschränkt, doch unsere wenigen Möglichkeiten nutzen wir.

Hier haben wir GRÜNE die Initiative „Pfandringe“ in der Stadt aufzustellen, die Pfandsammlern ein gefahrloses und weniger stigmatisierendes sammeln erlaubt auf den Weg gebracht (einstimmig vom Rat beschlossen, aber noch nicht umgesetzt).

Das von der Verwaltung vorgeschlagene Modell von sozial gerechteren Kita- und Hortbeiträgen haben wir, gegen große Widerstände, verteidigt und mit den anderen Fraktionen und der Verwaltung darin enthaltene Härten beseitigt.

Das Thema Sozialticket ist uns auch weiterhin ein wichtiges Anliegen, leider fand ein von uns unterstützter Antrag dazu im Rat keine Mehrheit. Wir werden weiter daran arbeiten.

BILDUNG

Bildung für alle Kinder - mit und ohne Beeinträchtigungen - ist für uns GRÜNE weiterhin ein vorrangiges Thema. Dabei geht es uns mehr um das Wohl und die Entwicklungsmöglichkeiten der

Kinder, anstatt der Verwaltung bei Einsparungen auf diesem Gebiet zu helfen. Dies gilt für Kitas und Schulen.

SCHULENTWICKLUNG

Die erste Trierer Gesamtschule (IGS), durch das hartnäckige Fordern der Ratsfraktion entstanden, hat eine Oberstufe erhalten. Dies sehen wir GRÜNE als einen Beweis dafür an, dass sich gemeinsames Lernen aller Kinder eben doch auszahlt.

Die Schulbausanierung hat weiterhin Priorität. Aufgrund GRÜNER Hartnäckigkeit wird die Grundschule Egbert im Bestand saniert und bleibt als Schulstandort erhalten. Das Prinzip „kurze Beine – kurze Wege“ bleibt somit weiterhin ein von uns GRÜNEN vertretenes Prinzip. Die benötigten Mittel wurden weitestgehend veranschlagt.

Auf unsere Initiative hin werden die Grundschulen Reichertsberg und Pallien zusammengelegt und erhalten einen gemeinsamen Schulneubau, anstatt der – von der SPD favorisierten - Sanierung des schadstoffbelasteten Gebäudes Reichertsberg. Dieser Neubau erfolgt nun auf dem Don-Bosco Gelände im Zuge der Neugestaltungen und Sanierungen in Trier West (Soziale Stadt). Das neue Gebäude wird in Holzmodulbauweise errichtet und war vorher schon als Interimsgebäude für die IGS im Einsatz.

Die Raumnot am Humboldt Gymnasium (HGT) und an der Nelson Mandela Realschule plus, bleiben auch weiterhin Thema. Das HGT hatte in den letzten Jahren, trotz Genehmigung als 3,5 zügige Schule, bis zu fünf Klassen aufgenommen. Durch die Symptombekämpfung, die wir mit Bauchschmerzen mitgetragen haben, konnten im teilsanierten Robert-Schuman-Gebäude Klassenräume für das HGT zur Verfügung gestellt werden. Mittlerweile wehrt sich das HGT gegen eine weitere Dislozierung der Schule und stützt damit unseren Kurs. Durch den Abzug von Klassen des HGT aus dem Gebäude der Nelson-Mandela Schule konnte die Raumnot dort kurzfristig beseitigt werden. Langfristig ist zu überlegen, ob das angrenzenden Montessori-Gebäude nicht doch wieder einer schulischen Nutzung zugeführt werden sollte.

Der GRÜNE Antrag zum Erhalt der Kurfürst-Balduin-Realschule Plus erhielt im Rat eine breite Mehrheit. Aufgrund der noch nicht gefestigten Schülerzahlen dort, liegt es jedoch auch im Ermessen der ADD, ob dies erfolgreich sein wird. Wir sind zuversichtlich, dass durch die Aktivitäten der Sozialen Stadt und des Bundesprogramms Stadtumbau-West, der Stadtteil weiter wachsen wird und sich die Schülerzahlen verfestigen.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen konnten wir die Verwaltung verpflichten ein Toilettensanierungskonzept für die Trierer Schulen zu erstellen, um die teils katastrophalen Verhältnisse in den Sanitärbereichen systematisch abzustellen.

Der sukzessive Ausbau aller Schulen hin zur Barrierefreiheit hat begonnen. Somit ist ein weiterer Schritt in Richtung Inklusion getan.

SCHULESSEN

Die Qualität des SchulesSENS und deren Kontrolle sind nach wie vor unzureichend. Wir GRÜNE werden uns für die Festsetzung von Standards für das SchulesSEN und deren Kontrolle einsetzen.

SICHERHEIT, ORDNUNG UND TOURISMUS

KOMMUNALE GESCHWINDIGKEITSÜBERWACHUNG

Dies ist eine Erfolgsgeschichte, die dem beharrlichen Druck der GRÜNEN zu verdanken ist. Sie spült nicht nur große Geldmittel in die Stadtkasse, sondern ist auch ein aktiver Beitrag zur Verkehrssicherheit. Nicht zuletzt ist es auch eine Demokratisierung der Einnahmepolitik.

Während bei der Erhöhung städtischer Gebühren oder Steuern jeder, unabhängig seiner finanziellen Lage zahlt, hat es hier jeder Bürger unter eigener (Geschwindigkeits-)Kontrolle, ob er zahlen muss.

Wir haben allerdings auch einen Preis dafür gezahlt – die Zustimmung zum Drogeriemarkt Petrisberg. Dieser Markt war lt. Einzelhandelskonzept (dem wir zugestimmt haben) nicht vorgesehen. Die Zustimmung zum Drogeriemarkt hat zu einer nachhaltigen Verstimmung zwischen unserer Fraktion und dem Einzelhandelsverband/IHK geführt.

ADAC-RALLYE

Die Rallye ist für Trier hoffentlich Geschichte. Auf Grund unserer fundierten Kritik an dieser Veranstaltung haben wir vielleicht dazu beigetragen. Wir kritisierten sowohl die städtischen Zuschüsse, wie auch das „Schönrechnen“ der Wertschöpfung dieser Rallye.

Große nationale Aufmerksamkeit (ZDF, Zeit, Süddeutsche) erreichten wir aber, als wir Zuschauerzahlenmanipulation des ADAC entlarvten. Der ADAC hat sich zum Weggang von Trier nie geäußert. Wahrscheinlich erhält er im Saarland höhere, öffentliche Zuschüsse. Eine Erhöhung der Zuschüsse in Trier wäre politisch (durch unsere Arbeit) nicht durchsetzbar gewesen. Möglich ist auch, dass das ständige „Herumnörgeln“ an seiner Veranstaltung den ADAC genervt hat.

HAUPTFEUERWACHE

Uneinsichtigkeit, Sturheit, politische Fehlsicht, Geldverschwendung, so könnte man das Verhalten von Dezernent und Planung im Falle der Standortsuche Hauptfeuerwache bezeichnen. Die Spitzmühle wurde als einzige akzeptable Fläche von der Verwaltung vorgeschlagen.

Wir GRÜNE waren aus mehreren Gründen gegen den Standort (Stadtökologie, Naherholung, Archäologie) und haben Alternativen (SWT, Polizei, Löwenbrücker) vorgeschlagen. Unsere Vorschläge fanden auch ein breites Medienecho und wurden öffentlich diskutiert.

Vom Dezernat und der Planung wurden unsere Vorschläge aber „kaputtgerechnet“. In der Folge kam es zu heftigen Auseinandersetzungen im Ausschuss. Dann kamen uns die Altlasten zur Hilfe, und machten das Bauen an der Spitzmühle zum unkalkulierbarem Risiko. Mittlerweile sind Dezernent und Planer weg und siehe da, unser Vorschlag „Polizeipräsidium“ erweist sich nun als machbar.

Eine unrühmliche Rolle spielte die SPD, die aus anfänglicher Ablehnung der Spitzmühle eine schleichende Zustimmung machte und immer neue Planungskosten für diesen Standort unterstützte.

Bisher wurden mehr als 200.000,-€ verplant und verbuddelt. Die Folgen sind immer noch zu sehen in Form eines belasteten Erdhaufens, den keiner haben möchte. Die belastete Erde wird jetzt für weitere 204.000,-€ entsorgt.

A.R.T. / MÜLL

Die Arbeit in der A.R.T. war von zwei Themen geprägt:

- Auseinandersetzung über die Einführung der Biotonne
- Zusammenschluss der A.R.T. mit den Kreisen Bitburg/Wittlich/Vulkaneifel zu einem größeren Zweckverband.

Zum Verständnis – wir sind in der A.R.T. (früher RegAb) nur mit einem Mitglied vertreten. Dieses plädierte als einziger für die Einführung der Biotonne; alle anderen waren dagegen. Unterstützung bekamen wir von der SDG Nord und ihrem GRÜNEN Präsidenten Dr. Ulrich Kleemann.

Die Biotonne (obwohl zu 75% in Deutschland bereits eingeführt) ist unpopulär. Das Mitglied des Landtages Billen (CDU) versuchte sie zum Wahlkampfthema (Madentonne) zu machen. Hintergrund der Auseinandersetzung ist weniger die Tonne, sondern den von der CDU ungeliebten Präsidenten Kleemann zu beschädigen.

In dieser Situation entwickelten wir einen Kompromissvorschlag: Mit Unterstützung des Wirtschaftsministeriums einigten sich A.R.T. und SDG Nord darauf: Die Biotonne wird vorerst nicht eingeführt. Alle Haushalte erhalten einen Sack zur Entsorgung es Bioabfalls. Die konkrete Umsetzung der Entsorgung wird noch geregelt. Die SDG Nord begleitet den Versuch.

Der Zusammenschluss von A.R.T. mit den Kreisen Bitburg, Wittlich und Vulkaneifel ist nicht unumstritten, wurde aber von uns unterstützt und aktiv mitgestaltet. Hintergrund ist die drohende Übernahme des lukrativen Teils des Abfallgeschäftes durch Private. Nur durch die Verwaltung entsprechender Mengen können öffentliche Verwerter und Entsorger mithalten. Die Materie ist etwas kompliziert und kann bei Bedarf erläutert werden.

SPARKASSE

Die Sparkasse leidet z.Z. wie alle anderen Geldinstitute an der Niedrigzinsphase und damit an einer stark sinkenden Ertragslage. Die Sparkassen sollen in erster Linie Dienstleister für die Bürger und das Gewerbe unserer Region sein. Sie sollten nicht, wie normale Geschäftsbanken, ihre Rendite im Bereich des spekulativen Finanzkapitals suchen. Die Sparkasse Trier wird dem gerecht und wir GRÜNE im Verwaltungsrat achten darauf, dass dies so bleibt.

Trotzdem unterliegen die Sparkassen bestimmter Kontrollauflagen, bzw. besonderer Anforderungen bei der Eigenkapitalbildung und der Zahlung an Sicherungsfonds. Um die Handlungsfähigkeit der Sparkasse zu erhalten, schließt dies auch unpopuläre und schmerzhaft Entscheidungen ein, wie das Schließen unrentabler Filialen.

Die Sparkasse Trier zahlt keine Dividenden. Gewinne werden dem Eigenkapital zugeführt oder als Spende abgegeben. Darüber entscheidet ein Spendenausschuss, in dem wir vertreten sind. Es gibt Bestrebungen – besonders von Seiten der SPD – Gewinne in Zukunft der Stadt/Kreiskasse zuzuführen.

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass dadurch der besondere Charakter der Sparkasse verloren geht. Wir möchten weithin eine deutliche Ausschüttung des Gewinnes als Spende.

MESSE- U. VERANSTALTUNGS- GMBH - MVG

Wir sind im Verwaltungsrat vertreten. Die Arbeit läuft weitgehend reibungslos. Die wirtschaftliche Lage verbessert sich zunehmend.

Allerdings wird eine städtische Halle nicht immer defizitfrei zu unterhalten sein. Zwei Probleme stehen an: Baurecht und Feuerschutz fordern Investitionen in die Messehalle, die von der MVG allein nicht gestemmt werden können.

Die Zukunft der Europahalle muss geklärt werden. Dies ist aber nicht allein Aufgabe der MVG.

TRIERER TOURISMUS UND MARKETING GMBH - TTM

Wir sind mit 2 Vertretern in Aufsichtsrat vertreten. Die TTM zeichnete sich in ihrem kurzen Bestehen durch eine unklare inhaltliche Zielsetzung aus.

Dies war ein Geburtsfehler, den der damalige Stadtvorstand mit zu verantworten hat.

Dramatischer aber war das Chaos bei der innerbetrieblichen Organisation. Buchhaltung und Rechnungswesen außer Kontrolle. Die Kontrolle des Geschäftsführers hat nicht geklappt, die Prokura wurde ihren Aufgaben nicht gerecht.

Im Gegensatz zum Theater hat der Aufsichtsrat das Problem schnell erkannt und eingegriffen. Buchhaltung und Finanzkontrolle wurden extern vergeben. Der Geschäftsführer wurde entmachtet,

ein Profi als Geschäftsführer gesucht und gefunden. Hervorzuheben ist die gute Zusammenarbeit zwischen CDU und GRÜNEN im Aufsichtsrat bei der Krisenbewältigung. Zusammen mit dem neuen Geschäftsführer muss schnellstens ein Aufgabenprofil für die TTM erstellt werden.

ZWECKVERBAND WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG TRIER TAL

Der Zweckverband hat seine Schuldigkeit getan. Die Stadt Trier – 50% Teilhaberin – wird zum Ende des Jahres den Zweckverband verlassen. Für Trier hat es keinen Sinn, ein Gewerbegebiet in Saarburg mit 50% zu finanzieren. Ebenso wenig macht es Sinn, sollte die Stadt mit einer Umlandgemeinde gemeinsam ein Gewerbegebiet erschließen; z.B. den Bürgermeister von Saarburg mit an den Tisch zu nehmen.

Wir könnten uns vorwerfen, den Austritt aus dem Zweckverband nicht schon früher gefordert zu haben.

EINZELHANDESENTWICKLUNG

Im Zusammenhang mit der Verhinderung der ECE-Ansiedlung haben wir uns Kompetenz und Anerkennung in Fragen der Einzelhandelsentwicklung erworben. Diese konnten wir sowohl im SENI-Prozess (SENI = Strategisches Entwicklungs- und Nutzungskonzept Innenstadt Trier 2025+) wie auch am „Runden Tisch Einzelhandel“ einbringen. Der SENI-Prozess muss nun zu Ende geführt, die dort entwickelten Vorschläge auf ihre Praxistauglichkeit überprüft werden.

Der „Runde Tisch Einzelhandel“ schwächelt ein wenig. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Dez.III die Federführung aus bekannten Gründen nicht wahrnehmen konnte.

Wir sollten uns wieder stärker in die Debatte zur Einzelhandelsentwicklung in Trier einbringen. Es gilt einen erheblichen Strukturwandel zu bewältigen. Die Einzelhandelsbedeutung wird abnehmen. Wir müssen Konzeptionen für eine Erlebnisstadt entwickeln.

KULTUR

Wie bereits in der Einleitung des Berichts verdeutlicht, sind wir uns der Tatsache bewusst: Der Bereich der Kulturpolitik und die dort getroffenen Entscheidungen mit ihren direkten und indirekten Folgen prägt die Kommunalpolitik und somit auch das Bild der Arbeit der Fraktion in den letzten eineinhalb Jahren entscheidend.

Die Entscheidungen rund um das Trierer Theater überdecken dabei viele andere, ebenfalls im Kulturbereich angesiedelte Projekte und Beschlüsse.

Zu diesen Projekten gehört sicherlich die Umsetzung der in der vorangegangenen Wahlperiode beschlossenen „Kulturleitbild“. Hier haben wir GRÜNE durch gezieltes Nachfragen und Einfordern erreicht, dass dieses Leitbild inzwischen mittels der entwickelten Kulturleitlinien gut operationalisiert ist und die Umsetzung konsequent verfolgt wird.

Generell waren in unserer bisherigen Arbeit in der laufenden Legislatur die Situation der freien Szene und die Rolle der TUFA wichtige Punkte, welche wir immer wieder mit Anfragen und in persönlichen Gesprächen mit den Akteuren hinterfragt haben.

Doch in einem Rechenschaftsbericht kann und soll das beherrschende Thema natürlich nicht verschwiegen werden: Es ist uns an dieser Stelle wichtig noch einmal zu betonen, dass das lange Festhalten am Intendanten Karl Sibelius ebenso wie sämtliche Verlautbarungen in der sogenannten Theaterkrise stets von einem einzigen Motiv getrieben waren: Erhalt des Trierer Theaters in seiner jetzigen Form!

Wir hatten ab einem gewissen Zeitpunkt den Eindruck, dass nicht mehr in der Sache diskutiert wurde. Durch eine schwierige Gemengelage begünstigt, waren nicht mehr bei allen Beteiligten die Absichten klar zu erkennen.

In jeder Ausschusssitzung wurden wir mit anderen Zahlen und „Fakten“ konfrontiert und - anders als teils in der Presse dargestellt - längst nicht zeitnah im Detail informiert. Wir kamen zu dem Schluss, dass der Wegfall des Intendanten gerade für diejenigen, die das Theater grundsätzlich ganz oder mindestens in seiner derzeitigen Form in Frage stellen, genau zum „richtigen Zeitpunkt“ erfolgt wäre.

Wir GRÜNE waren und sind davon überzeugt: Das Theater Trier als Drei-Sparten-Haus mit der neuen zusätzlichen Sparte des Bürgertheaters muss erhalten werden! Davon waren und sind unsere Entscheidungen geleitet.

TIERSCHUTZ

TIERHEIM

Das Trierer Tierheim ist in der Pflicht sämtliche Fundtiere aus der Region aufzunehmen, zu pflegen und möglichst weiter zu vermitteln. Ihm und dem Tierschutzverein als Träger kommt daher beim Tierschutz eine enorme Bedeutung zu. Die Räumlichkeiten reichen jedoch häufig nicht aus oder sind in einem schlechten Zustand. Insbesondere die Kreise zahlen nur äußerst geringe Anteile. Die GRÜNE Fraktion stellte im Stadtrat einen Antrag einen auskömmlichen Betriebskostenzuschuss durch die Stadt Trier im Haushalt zu verankern. Daraufhin wurden Gespräche zwischen der Verwaltung und den Landräten geführt, die aber leider nicht zum Erfolg führten. Beim Thema Finanzierung werden wir am Ball bleiben und stehen daher im Dialog mit dem Tierschutzverein. Sobald sich die dessen Situation weiter verschärfen sollte, werden wir das Anliegen erneut in den Rat bringen.

AUFTRITTSVERBOT FÜR ZIRKUSSE MIT WILDTIEREN

Im Dezember haben wir GRÜNE zum wiederholten Mal ein Auftrittsverbot für Zirkusse mit Wildtieren gefordert. Leider hat uns auch dafür erneut eine Mehrheit der Stimmen im Rat gefehlt. Allerdings führen unsere beständigen Bemühungen dazu, dass das Thema in der Diskussion bleibt und auch in den Medien darüber berichtet wird.

Dadurch werden die Bürgerinnen und Bürger auf das Problem aufmerksam und hinterfragen die Tierhaltung im Zirkus. Wahrnehmbar wird dies auch durch die vermehrte Tätigkeit von Zirkuslobbyisten, die regelmäßig ab dem Herbst Werbung für Tiere im Zirkus machen und versuchen, die Aktivitäten von Tierschützern und unsere Initiativen auf städtischer Ebene zu diskreditieren.

MOBILITÄT

RADVERKEHRSKONZEPT

- 42-seitige Stellungnahme zum Radverkehrskonzept mit vielen konstruktiven Anregungen.
- Von der Verwaltung wurde dabei u.a. aufgenommen, die (weitestgehend kreuzungsarme) Achse Ruwer-Grüneberg-Domainenstraße-Güterstraße-Gartenfeld-Mustor/Basilika zur Kategorie Haupt-Achse hochzustufen.
- In der Saarstraße und Paulinstraße ebenfalls etwas für den Radverkehr zu tun (statt diesen in die Seitensträßchen der Innenstadttrouten West und Ost abzuschieben) wurde vage aufgenommen - Umsetzung ungewiss.
- Im Radverkehrskonzept enthalten sind als Leuchttürme sogenannte "Fahrradstraßen" z.B. in Eberhardstraße und Engelstraße, dies wurde von unserer Fraktion schon lange gefordert. Diese Straßenkategorie ist für Trier ein Novum und signalisiert die Bedeutung des Radverkehrs.
- Neu-Aufteilung der Verkehrsflächen auf der Römerbrücke: Statt 3 Auto-Spuren, einem Radweg und einem Fußweg werden künftig 2 Auto-Spuren mit auf beiden Seiten auf der Fahrbahn begleitenden Rad-Schutzstreifen sowie auf beiden Seite je ein Fußweg vorhanden sein.

ARBEITSKREIS RADVERKEHR

Auf Drängen der GRÜNEN bei Baudezernent Andreas Ludwig wurde der Arbeitskreis Radverkehr als feste Institution wiederbelebt. Nach einer Findungsphase ist das Gremium nun gut eingespielt und arbeitet vertrauensvoll und konstruktiv zusammen. Andreas Ludwig nimmt persönlich teil und verschafft dem Gremium damit eine Ämterübergreifende Interdisziplinarität gepaart mit "Manage-

ment Attention". Neben den Ämtern, und Parteienvertretern sind diverse Akteure der Mobilitätsvereine (VCD, ADFC, LA21) vertreten, was für eine gute Vernetzung sorgt.

TEMPO 30

Antrag im Stadtrat zur Einführung einer Tempo30-Zone rund um das "Schulviertel" zwischen Rindertanzplatz, Deworastraße, Große und Kleine Eulenpfütz, Tempo30 Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Weberbach und Mustorstraße, Schaffung eines Verkehrsberuhigten Geschäftsbereich (Tempo 20) auf dem Basilikaplatz und in der Konstantinstraße.

Der Antrag wurde in den DA IV verwiesen und von der Verwaltung als fachlich fundiert gelobt und in fast allen Punkte (z.B. bis auf Tempo 30 in der Mustorstraße) zur Umsetzung übernommen und vom DA IV positiv abgestimmt.

GRÜNE VERKEHRSPROJEKTE IM HAUSHALT 2017/2018

- Lückenschluss Ruwertalradweg zwischen Bahnhof Ruwer und Ruwererstraße/Ecke "Am Grüneberg"
- MOSELBAHNDURCHBRUCH als REINER RADWEG inkl. Beleuchtung
- Budget für "Machbarkeitsstudie/"Bedarfsstudie" Ost-Anbindung des Bahnhofs für Fußgänger und Radfahrer
- Mobilitätspolitische Begleitung der Überlegungen zur GRÜNEBERG-Tangente mit neuem Schienen-Haltepunkt an der ehemaligen Zementbrücke
- Mobilitätspolitische Begleitung der Ertüchtigung/Reaktivierung der Westtrasse für den Schienen-Personen-Nahverkehr mit Beginn in 2020.
- Zwar begrüßen wir den barrierefreien Ausbau des Bahnhaltepunktes Pfalzel, jedoch sehen wir es weiterhin kritisch, dass das Staatsunternehmen Bundesbahn hier die Kosten auf das Land und die Kommune abwälzt.

STADTPLANUNG, ARCHITEKTUR UND DENKMALPFLEGE

STADTPLANUNG

Zweifellos eines der größten Erfolge ist der von uns vorangetriebene Stadtratsbeschluss bei Plangebieten, die im städtischen Besitz sind oder an Dritte veräußert werden: Geschosswohnungsbauten sind barrierefrei und mit einem Anteil von mindestens 25 % als bezahlbaren Wohnraum zu errichten.

Wir haben immer gefordert, dass freie Grundstücksflächen im Stadtgebiet erfasst und für deren Eignung zur Nachverdichtung – sei es für den Wohnungsbau oder für gewerbliche Nutzung – untersucht werden, damit diese sinnvoll genutzt werden können. Mit entsprechenden Untersuchungen für Trier-Süd und Trier-Nord hat die Stadt einen wichtigen Anfang gemacht.

ARCHITEKTUR

Unser langjähriger Einsatz für Wettbewerbe, transparentere Vergabeentscheidungen und qualitätsvolle Architektur zeigt langsam Wirkung. In den letzten Jahren wurden mehrere Städtebau- und Architekturwettbewerbe (z.B. im Baugebiet Jägerkaserne) durchgeführt. Wir haben erreicht, dass dem Architektur- und Städtebaubeirat (ASB) nun auch Planungsüberlegungen der Stadtverwaltung frühzeitig zur Beratung vorgelegt werden – dazu gehören u.a. die Vorüberlegungen zur baulichen Zukunft des Stadttheaters und der Entwurf zum Flächennutzungsplan. Interessant für uns war, dass der ASB unsere kritische Position zu einer Ausweisung des Brubacher Hofes als Baugebiet bestätigte.

Wir haben erreicht, dass der Standort Spitzmühle für den Neubau der Hauptfeuerwache nicht mehr in Frage kommt. Die Frischluftzufuhr in die Innenstadt und die im Erdreich verborgenen Reste des römischen Tempelbezirkes bleiben erhalten; die Schüler des FWG verlieren nicht ihren Sportplatz.

Wie von uns angeregt, werden seit neuestem Planungsleistungen städtischer Baumaßnahmen, die unterhalb des Schwellenwertes liegen, auf der Webseite der Stadt ausgeschrieben. So haben auch junge Planungsbüros die Möglichkeit sich um einen Auftrag zu bewerben und die Vergabeentscheidungen sind nunmehr transparent. Die Stadt kann somit nachvollziehbar nachweisen, dass sie ihre Aufträge breit streut.

Wir konnten nicht alle architektonischen Scheußlichkeiten und Verschandelungen von Baudenkmalern der letzten Jahre verhindern: Auf dem ehemaligen Karlsberg-Gelände gegenüber den Kaiserthermen werden derzeit mehrere Gebäude errichtet. Deren Höhe und Massivität zeigen jetzt schon, dass wir mit unseren Bedenken Recht hatten.

Im Stadtrat haben wir die in Heiligkreuz auf dem Gelände der ehemaligen Christuskirche vorgesehene Bebauung nicht verhindern können. Natürlich befürworten wir jegliche Nachverdichtung und Bebauung von brach liegenden Flächen, jedoch vertreten wir die Auffassung, dass sich Neubauten

am baulichen Umfeld und an den topographischen Gegebenheiten orientieren müssen. Dies sehen wir in Heiligkreuz als nicht gegeben an.

Im Rahmen der Haushaltsberatungen haben wir auf den Verfall des denkmalpflegerisch wertvollen Monopteros beim Schloss Monaise hingewiesen und die Zusicherung des Stadtverbandes erhalten, sich dieses Problems anzunehmen.

Wir werden uns um die vergessenen innerstädtischen Räume kümmern: der Paulusplatz muss sich zu einem attraktiven Quartiersplatz wandeln, der Bereich um die Rindertanzstraße und Sichelstraße ist städtebaulich aufzuwerten und die Autobleche sind von dort zu verbannen! Der Bahnhofsvorplatz - wichtigster Trierer Verkehrsknotenpunkt des ÖPNV – darf nicht länger ein Schandfleck sein und ist umzugestalten. Mit der von der SWT geplanten Radstation wird ein Anfang gemacht. In diesem Sinne setzen wir uns weiterhin für eine direkte Fuß- und Radwegeanbindung des Hauptbahnhofes an Kürenz und Trier-Ost ein.

Dem seit lange anhaltenden Engpass bei der Projektbearbeitung in der Gebäudewirtschaft der Stadt Trier konnten wir durch die Einrichtung zweier neuer Planstellen entgegenwirken. Wir hoffen auch dadurch die Realisierungsquote bei städtischen Bauvorhaben (derzeit etwa 30%) deutlich steigern zu können.

FLÄCHENNUTZUNGSPLAN

Die Planungen sahen ursprünglich vor, vier große Gebiete auszuweisen. Dabei war der Flächenbedarf falsch berechnet, aufgrund veralteter statistischer Werte. Wir haben von Anfang an verlangt, dass eine Neuberechnung erfolgt. Diese führte dann zu einem geringeren Bedarf.

Außerdem wurde auf unsere Initiative hin das Verhältnis zwischen Ein- und Mehrfamilienhäusern von 60/40 auf 40/60 gedreht. So kann ein großes Gebiet von vornherein eingespart werden. Dies werden die landwirtschaftlichen Flächen südlich von Zewen sein. Um zusätzlich das Gebiet Mariahof (Problem FFH-Gebiet und Verkehr) zu streichen, haben wir als Ersatzfläche den "Promilleweg" zwischen Euren und Zewen vorgeschlagen, der als Alternative auch von den anliegenden Ortsteilen gewünscht wird.

Ohne unser beständiges Beharren, wäre der FNP womöglich längst so umgesetzt, wie ursprünglich vorgeschlagen. Der Verbleib von den beiden weiteren großen Flächen Castelnau und Ruwer Zentenbüsch ist ökologisch zwar nicht optimal: Wir wollen jedoch auch einen Beitrag dazu leisten, Wohnraum in Trier wieder bezahlbar und verfügbar zu machen.

Zudem wird in Castelnau 2 an ein gerade entwickeltes Gebiet angeschlossen, in Ruwer gibt es zudem keinen Widerspruch der Bevölkerung. Wir haben daher einen guten Kompromiss zwischen Flächenschutz und Wohnraumschaffung erreicht.

UMWELT

KLIMASCHUTZ

Im Februar 2016 veranstalteten wir mit der GRÜNEN Ministerin Uli Höfken ein Klimafrühstück im Café Balduin. Auch Trier muss seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Für uns alle stand jedoch fest: Trier ist gegenüber anderen Städten noch sehr weit zurück!

Dabei ist Trier seit 1994 Mitglied im Klimabündnis und hat sich somit bereit erklärt die CO₂-Emissionen alle 5 Jahre um 10% verringern. Dies bedeutet eine Halbierung bis 2030 ggü. dem Basisjahr 1990. Zwar gibt es ein Klimaschutzkonzept für die Region, dies ist jedoch sehr energiebezogen.

Wir GRÜNE haben daher die Ausarbeitung eines Konzeptes für die Stadt beantragt, welches alle Aspekte des Verwaltungshandelns berücksichtigt, neben Energie z.B. auch Verkehr und Beschaffung. Dazu haben wir die Einstellung eines Klimaschutzmanagers durchgesetzt.

Hier wird eigens eine Stelle für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes geschaffen. Dabei entstehen der Stadt kaum Kosten, da es eine bis zu 90%ige Förderung des Bundes für finanzschwache Kommunen gibt.

Positive Effekte der in dem Konzept ausgearbeiteten Maßnahmen werden u.a. sein:

- Verringerung des Schadstoffausstoßes durch verringerten Verkehr
- Verbesserung des städtischen Mikroklimas durch klimaorientiertes Management von Grünflächen und Bäumen und Erhalt von Frischluftschneisen
- Ausbau der Möglichkeiten zur Nutzung erneuerbarer Energien, von der in verschiedenen Modellen die Stadt und die Bürger*innen profitieren können

VEREINIGTE HOSPITIEN

Die Vereinigten Hospitien sind eine Stiftung, in deren Verwaltungsrat unsere Fraktion ein Mitglied per Ratsbeschluss ein Mitglied entsenden kann. Diese Wahlperiode hat die Fraktion sich entschlossen die konfessionslose Petra Kewes zu entsenden. Dies geschah bewusst, da dieser Vorschlag gemäß Stiftungssatzung vom Verwaltungsrat nicht akzeptiert werden würde.

Hintergrund ist, dass im Jahre 2004 ein Urteil des Oberlandesgerichtes Koblenz ergangen ist, dass die Vereinigten Hospitien als „Nichtkirchliche Stiftung“ und als „Staatliche Stiftung“ bestätigt. Die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion (ADD), die neben dem Personalrat diese Berufung erstritten hatte, begrüßte damals das OVG-Urteil. Danach sichert es nicht nur den Fortbestand des Personalrates, sondern verlangt auch grundlegende Änderungen der inneren Struktur der Hospitien. Diese „grundlegenden Änderungen in der inneren Struktur“ beziehen sich u.E. auch auf die in der

immer noch gültigen Satzung (1975) geforderte „katholische Konfession“ und den Ausschluss nicht- oder anderskonfessioneller Mitglieder im Verwaltungsrat. Im Hinblick auf die im Grundgesetz verbrieft Trennung von Staat und Kirche sieht die GRÜNE Fraktion diese Formulierung – auch nach dem Urteil des Oberlandesgerichtes - als nicht haltbar an. Zudem setzt der Stiftungszweck keine katholische Konfession voraus.

Zuerst baten wir den Oberbürgermeister zu prüfen, ob die Stadt ein Klagerecht gegen die Vereinigten Hospitien habe. Dies wurde vom Rechtsamt negativ beschieden. Eine Stellungnahme welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, ergab, dass auch die Fraktion keine Klagebefugnis hat. Allein die nicht vom VR akzeptierte Fraktionärin hat das Klagerecht, muss die Kosten des Verfahrens aber selbst tragen.













Eine Überprüfung des Sachverhaltes durch die ADD in unserem Auftrag ergab, dass der Verwaltungsrat darüber zu entscheiden hat, wie er die Regelungen in der Satzung gestaltet. Die Entscheidung, ob hier von den kirchlichen Elementen Abstand genommen wird, liegt bei dem hierfür verantwortlichen Stiftungsorgan.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ist der Auffassung, dass die Stiftung der Vereinigten Hospitien in der Festlegung auf ausschließlich Mitglieder katholischer Konfession im VR die vom Gesetzgeber verlangte Trennung von Staat und Kirche nicht befolgt. Auch ist dies nicht im Stiftungszweck begründbar. Es ging und geht der Fraktion vordringlich um Klärung, da dies u.E. ein Präzedenzfall ist.

Denkbar sind ähnliche Fälle, in denen Stiftungen – wie die Hospitien nicht-kirchlich und staatlich – weite Bevölkerungsteile ausschließende Vorgaben machen.

Dies sehen wir kritisch. Da wir die Vorgaben in der Satzung nicht akzeptieren können, hat die Fraktion beschlossen, den Sitz unbesetzt zu lassen.

RATSANTRÄGE SEIT DER KOMMUNALWAHL JUNI 2014

2017	
GRÜNE:	 mehrheitlich abgelehnt Stadtrat 08.03.17 Änderungsantrag: Nein zu Brubach FNP 2030
GRÜNE & CDU:	 modifiziert angenommen von allen Fraktionen Antrag Stadtrat 08.03.17: Veröffentlichung Trierer Luftmesswerte
GRÜNE:	 angenommen außer CDU und UBT Ergänzungsantrag Stadtrat 02.02.17: Freie Wahl für KITAS
2016	
GRÜNE & CDU:	 angenommen Antrag Stadtrat 13.12.16: Kommunale Verantwortung - Klimaschutzkonzept für Trier !
GRÜNE:	 mehrheitlich abgelehnt Antrag Stadtrat 13.12.16: Keine Auftritte von Zirkussen mit Wildtieren
GRÜNE & CDU	 angenommen Antrag Stadtrat 29.09.16: Pfand gehört daneben – Lösungen für Trier
GRÜNE & CDU & LINKE & Piratin	 angenommen durch Antragsteller Stadtrat 16. Juni 2016: Instandsetzung Egbert-Schule
GRÜNE & CDU	 einstimmig angenommen Stadtrat 16. Juni 2016: Antrag Prüfung einer Klage gegen Cattenom
GRÜNE	Ausschussverweisung Stadtrat 16. Juni 2016 Antrag: Schulwegsicherheit / Verkehrsberuhigung in der östlichen Innenstadt
GRÜNE & CDU & SPD & Linke, FDP:	 angenommen Stadtrat 15.03.16: Offener Kanal Übertragung der Sitzungen
2015	
GRÜNE	 zurückgezogen Antrag Stadtrat 15.12.15: Keine Auftritte von Zirkussen mit Wildtieren
GRÜNE	  Geändert beschlossen Antrag Stadtrat 17.11.15: Anteil sozial geförderter Mietwohnungsbau erhöhen

GRÜNE & SPD & FDP & LINKE	<p>⊕ Punkt 1 außer v. AFD angenommen, Punkt 2 angenommen bei Enthaltung CDU <u>Antrag Stadtrat 06.10.15 Gesundheitskarte für Flüchtlinge!</u></p>
2014	
GRÜNE & SPD & FWG & Linke & Piratin	<p>⊕ beschlossen ohne FDP Stadtrat 11.11.2014 <u>Resolution der Stadt Trier zu TTIP, CETA & TiSA</u></p>
GRÜNE	<p>⊕ modifiziert beschlossen von CDU & Linken Stadtrat 13.10.2014 <u>Egbert-Grundschule</u></p>
GRÜNE	<p>⊕ angenommen ohne FDP Stadtrat 13.10.2014 <u>VRT</u></p>
GRÜNE & SPD & LINKE	<p>⊕ angenommen mit Piratin und 1 CDU-Stimme Stadtrat 13.10.14 <u>Sichere Straßen in Trier - Kommunale Geschwindigkeitsüberwachung</u></p>
GRÜNE & CDU	<p>⊕ angenommen mit FWG und AFD Stadtrat <u>22.07.2014 Gemeinsamer Antrag: Parke nicht auf unseren Wegen!</u></p>